



Philosophische Fakultät

Paul Köppen

Weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf

Zur Verweigerung einer quellenbasierten Diskussion
über Heinrich Brünnings Sparpolitik

Suggested citation referring to the original publication:
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63(4) (2015), pp. 569–578
DOI <http://dx.doi.org/10.1515/vfzg-2015-0020>
ISSN (print) 0042-5702
ISSN (online) 2196-7121

Postprint archived at the Institutional Repository of the Potsdam University in:
Postprints der Universität Potsdam
Philosophische Reihe ; 130
ISSN 1866-8380
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-398076>

Die Debatte geht weiter: Gab es 1930/31 ernst zu nehmende Kreditangebote der französischen Regierung an das Deutsche Reich? Versäumte es die Reichsregierung unter Kanzler Heinrich Brüning aus politisch-revisionistischem Kalkül heraus bewusst, diese Angebote auszuloten? War die eiserne Sparpolitik der ersten beiden Präsidialkabinette also nicht die alternativlose Konsequenz ökonomischer Zwänge, sondern die logische Folge davon unabhängiger außen- und gesellschaftspolitischer Prämissen? Paul Köppen, der diese Debatte im Juli 2014 in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte eröffnet hat, antwortet seinen Kritikern, präzisiert seine Argumentation und stellt seine Thesen in den weiteren Kontext der aktuellen Diskussion um die Chancen und Belastungen der Zeit zwischen den Weltkriegen.

Paul Köppen

Weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf

Zur Verweigerung einer quellenbasierten Diskussion über Heinrich Brünings Sparpolitik

I.

Eine lebendige Streitkultur dürfte nach wie vor als verlässlicher Gradmesser sowohl für die innerdisziplinäre Vitalität einer Wissenschaft als auch für ihre Relevanz dienen. So lieferte nicht zuletzt die Historiografie in den vergangenen Jahrzehnten reiches Anschauungsmaterial dafür, dass in ihren großen Kontroversen vordergründig zwar Konkretes – etwa die Frage nach der Kriegsschuld im Ersten Weltkrieg oder nach der Singularität des Holocaust – verhandelt wurde, die Debatten selbst allerdings aufgrund ihrer Brisanz oft derart schnell an Intensität und Härte gewannen, dass schon bald eher Grundsätzliches in den Mittelpunkt rückte: Fragen nach dem allgemeinen Geschichtsverständnis der Zeit zum Beispiel oder nach der Deutungshoheit Einzelner beziehungsweise bestimmter geschichtswissenschaftlicher Denkschulen – und natürlich die Suche nach möglichen Lehren für die eigene Gegenwart. Dem Erkenntnisgewinn diene derlei nicht immer, stattdessen führte die reflexhafte Folge von *actio* und *reactio* regelmäßig zu überhitzten Auseinandersetzungen¹. Offenbar steigt die Versuchung, einem Kontrahenten in einer solchen Kontroverse nicht bloß sachlich-argumentativ zu begegnen, sondern ihn gleich ganz aus der Diskussion tilgen zu wollen, exponentiell zur Summe dessen, was auf dem Spiel zu stehen scheint.

Wie Historikerinnen und Historiker reagieren sollten, wenn sie in solche Konflikte verwickelt werden, steht auf einem anderen Blatt. Von außen würde man vermutlich stets zu größtmöglicher Gelassenheit raten, schließlich gehört es bisweilen schlicht zum Handwerk, der Gegenseite wahlweise mangelnde Quellen-

¹ Vgl. etwa Klaus Große Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2011.

kenntnis, eine falsche Fragestellung, methodische Unzulänglichkeiten oder einen problematischen Umgang mit den historischen Fakten zu attestieren. Übertreffen lassen sich solche Zweifel an der wissenschaftlichen Befähigung eines „Kollegen“ allenfalls noch mit dem Vorwurf der manipulativen Konstruktion geschichtlicher Zusammenhänge und Ereignisse zur Stützung bereits vorgefertigter Thesen. Dies ist dann gewissermaßen die schwerwiegendste Verfehlung des aufklärten Wissenschaftlers, für den größtmögliche Objektivität und der offene Erkenntnishorizont seiner Forschung als Handlungsmaximen zu gelten haben.

Knut Borchardts im April 2015 veröffentlichte Replik² auf meinen ein dreiviertel Jahr zuvor publizierten Aufsatz zu den Grundlagen von Heinrich Brünings Sparpolitik³ zeichnet sich – und das erscheint mir schon besonders – nicht zuletzt dadurch aus, dass sie all diese Vorwürfe zu einer Art Totalverriss meines Beitrags zusammenzuführen versucht. Ich würde mich darin mit den falschen Fragen befassen, den erreichten Forschungsstand ignorieren und überhaupt die historischen Tatsachen „gänzlich missversteh[en]“⁴. Um meinen Aussagen überhaupt irgendeine Validität zu verleihen, sei ich zudem sogar gezwungen gewesen, das zugrundeliegende Quellenmaterial zu manipulieren.

Darauf möchte ich in zwei Schritten antworten. Bevor ich kurz meine grundsätzlichen Thesen zu Brünings weniger von widrigen Umständen diktiert, als vielmehr konzeptionell intendierter Sparpolitik rekapituliere, werde ich zunächst auf die unmittelbare Kritik Borchardts eingehen. Dies erscheint mir notwendig, da eine Auseinandersetzung mit seinen Einwänden unter Umständen Hinweise darauf zu geben vermag, worum es ihm in Wirklichkeit gehen könnte: nämlich darum trotz der neu einsetzenden Diskussion um Chancen und Aussichten der Weimarer Republik⁵ – und damit auch um die richtige beziehungsweise falsche Wirtschaftspolitik während einer großen Wirtschaftskrise – partout keinerlei Zweifel an der überlegenen Deutungskraft seiner inzwischen recht traditionellen Sichtweise auf die Regierungszeit Heinrich Brünings zuzulassen. Selbst der Anschein eines Widerspruchs wird hier offenbar nicht toleriert. Diese Begrenzung des wissenschaftlichen Diskurses – aus welchen Motiven auch immer sie erfolgen mag – halte ich jedoch für unproduktiv und nicht hinnehmbar.

II.

Zunächst dürfte jedem Betrachter einigermaßen einleuchten, warum im Zuge der Wiederentdeckung des politischen Austeritätscredos nach Beginn der Finanz-

² Vgl. Knut Borchardt, Eine Alternative zu Brünings Sparkurs? Zu Paul Köppens Erfindung französischer Kreditangebote, in: VfZ 63 (2015), S. 229–239.

³ Vgl. Paul Köppen, „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen.“ Heinrich Brünings Spardiktat und die Ablehnung der französischen Kreditangebote 1930/31, in: VfZ 62 (2014), S. 349–375.

⁴ Borchardt, Alternative, S. 233.

⁵ Vgl. dazu etwa Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014, oder Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015.

marktkrise 2007 in Forschung und Öffentlichkeit vermehrt auch wieder über Heinrich Brüning und dessen Kanzlerschaft diskutiert wird. Der kaum zu leugnende Gegenwartsbezug des Themas wird noch dadurch unterstrichen, dass auch die jüngere wirtschaftspolitische Debatte relativ schnell um den Begriff der Alternativlosigkeit kreiste, so dass sich die historische Analogie zur vorgeblich alternativen Sparpolitik Deutschlands nach 1930 gewissermaßen aufdrängte⁶.

Auch als Beitrag dazu veröffentlichte ich 2014 meinen Aufsatz in den VfZ, mit dem ich in erster Linie zu zeigen versuchte, dass die Sparpolitik Brünings weniger eine situative Reaktion auf widrige Umstände war als das Ergebnis einer konkreten politischen Überzeugung, die der spätere Kanzler bereits in seiner Zeit als Parlamentarier und Finanzexperte der Zentrumspartei während der 1920er Jahre entwickelt und ausformuliert hatte. Wie unbeirrbar er auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung an diesen früheren Überlegungen festhielt, illustriert besonders anschaulich sein Umgang mit den von Frankreich ab Sommer 1930 wiederholt vorgetragenen, in Berlin jedoch kaum ernsthaft erwogenen Kooperationsangeboten. Paris offerierte unter anderem direkte Gespräche über mögliche Kredite, die deutschen Verantwortlichen schlugen diese aus.

Genau an dieser Stelle setzt Borchardts Kritik an. Er ist überzeugt: Echte Hilfsangebote von französischer Seite hat es 1930 nicht gegeben, letztlich seien diese nur meine „Erfindung“. Mein Beleg – ein Bericht über die Unterredung des deutschen Botschafters in Paris, Leopold von Hoesch, mit den Spitzen der französischen Regierung am 9. Juli 1930⁷ – sei zwar „in der Forschung schon vielfach zitiert worden“, allerdings ohne dass darin „ein Kreditangebot erkannt worden wäre“⁸. Bereits diese Behauptung Borchardts ist so irritierend wie falsch. Franz Knipping hielt es schon 1987 für „bemerkenswert, daß es während des Sommers 1930 mehrere Ansätze einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung Frankreichs für das in die Krise abgleitende Deutschland Brünings gab“⁹. Ihm beipflichtend attestierte Philipp Heyde eine Dekade später: „Vom Sommer 1930 bis zum März 1931 bot Frankreich Deutschland wiederholt Finanzhilfe an [...]. Schon am 9. Juli hatte [der französische Ministerpräsident] Tardieu vorgeschlagen, die kurzfristigen Kredite im Wert von vier Mrd. RM, die über Drittländer zu hohen Zinsen nach Deutschland geflossen seien, direkt zu vergeben.“¹⁰ Und auch Hermann Gramls 2001 erschienene Studie zur Außenpolitik der Präsidialkabinette datiert den Beginn „[e]rste[r] Gespräche über [eine] Pariser Finanzhilfe

⁶ Vgl. dazu jetzt Gustav Seibt, Das Leiden der Jungen, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 15. 7. 2015, S. 11.

⁷ Vgl. Hoesch an das Auswärtige Amt (AA) vom 9. 7. 1930, in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP)*, Serie B: 1925–1933, 21 Bde., hier Bd. XV: 1. Mai bis 30. September 1930, Göttingen 1980, Nr. 129, S. 312–315.

⁸ Borchardt, *Alternative*, S. 229 u. S. 231, Anm. 10.

⁹ Franz Knipping, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise*, München 1987, S. 168.

¹⁰ Philipp Heyde, *Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932*, Paderborn u. a. 1998, S. 134f.

[...], die im diplomatischen Verkehr zwischen beiden Ländern bald einen wichtigen Platz¹¹ einnehmen sollte, auf die besagte Gesprächsrunde vom 9. Juli. Da sich die Reihe solcher Belege fortsetzen ließe, drängt sich die Frage auf, was genau Borchardt eigentlich mit Forschungsstand meint, wenn er behauptet, ich würde diesem fundamental widersprechen, sobald ich von einem französischen Kreditangebot des Sommers 1930 rede.

Zweifel an Borchardts Verständnis des Wortes Forschungsstand kommen zudem auf, wenn er gleich zu Beginn herausstreicht, dass schon die bloße Veröffentlichung meines Aufsatzes „die [Brüning-]Diskussion auf den Stand vor der Eröffnung der sogenannten ‚Borchardt-Kontroverse‘“ zurückwerfe, weil ich völlig verkennen würde, dass diese ja längst „Einvernehmen darüber“ hergestellt habe, dass Brüning während seiner Kanzlerschaft „zum Sparkurs mit seiner deflationistischen Wirkung *gezwungen* gewesen sei“¹². Nun ist ohne Frage richtig, dass sich besagte Kontroverse seit dem Erscheinen von Borchardts Beitrag „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise“ 1979 hauptsächlich um diese These drehte¹³; es lässt sich allerdings nur schwerlich behaupten, dass sich Borchardts Sichtweise „eivernehmlich“ durchgesetzt hat. Nach wie vor gibt es eine Reihe namhafter Historikerinnen und Historiker, die eine andere Interpretation vertreten, ohne dass man über ihre Argumente einfach hinweggehen kann¹⁴. Zu einem offenen wissenschaftlichen Diskurs gehört die prinzipielle Anerkennung widerstreitender Positionen. Für Borchardt markieren jedoch anscheinend nur eigene oder wenigstens gleichmeinende Arbeiten den gegenwärtigen Stand der Forschung, der Rest ist getrost zu vernachlässigen.

Dieses – positiv formuliert – unerschütterliche Vertrauen in die eigene Deutungsmacht verleitet Borchardt dann auch dazu, Kontrahenten neben ökonomischem Unverstand recht schnell auch handwerkliche Mängel zu bescheinigen. So sieht er sich zum Beispiel veranlasst, mir neben der bloßen „Behauptung von französischen Kreditangeboten“ zudem „die tendenziöse Unvollständigkeit“ meiner Zitate vorzuhalten. Es sei ihm „völlig unerklärlich“¹⁵, warum ich bei der Wiedergabe meiner eingangs zitierten Quelle verschwiegen hätte, dass Botschafter Hoesch seine Pariser Gesprächspartner am 9. Juli 1930 unmittelbar darauf hinwies, dass für Berlin „vor allem die Gewährung langfristiger Kredite interessant

¹¹ Hermann Graml, *Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher*, München 2001, S. 81. Graml datiert das Gespräch allerdings auf den 6. Juli 1930, wobei es sich vermutlich um einen Druckfehler handeln dürfte.

¹² Borchardt, *Alternative*, S. 229 f., Hervorhebung durch den Verfasser.

¹³ Vgl. Knut Borchardt, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes*, in: *Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* 1979, S. 87–132.

¹⁴ Einen knappen Einblick in den Verlauf der Debatte gibt beispielsweise Heike Knortz, *Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik*, Göttingen 2010, S. 256–266, bezeichnenderweise mit dem passenden Resümee, dass die „Debatte um Knut Borchardts These von den mangelnden alternativen Handlungsspielräumen in der Weltwirtschaftskrise [...] ehrlicherweise bis heute nicht als abgeschlossen gelten“ kann (S. 265).

¹⁵ Borchardt, *Alternative*, S. 231 f. u. S. 234.

wäre“. Bei den Franzosen, die zuvor nur die „direkte Gewährung [...] kurzfristiger Kredite von französischen Banken an deutsche Geldinstitute“ angesprochen hatten, stieß dieser Einwand nach Hoeschs Einschätzung nämlich bloß auf eine „ziemlich zurückhaltend[e] Aufnahme“¹⁶. Durch die Auslassung dieses Satzes, so schlussfolgert Borchardt, würde ich verdecken wollen, dass es sich bei genanntem Gespräch streng genommen „um eine deutsche *Kreditnachfrage* [...] [und] kein französisches *Angebot*“¹⁷ gehandelt habe.

Mit dieser Interpretation meiner Motive wie des Dokuments verlässt Borchardt den Boden, auf dem eine an Quellenbelegen orientierte Diskussion möglich scheint. Es mag ihm dabei zunächst völlig unbenommen sein, dass er auf die unter ökonomischen Gesichtspunkten sicher nicht unplausible Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Krediten Wert legt. Für den Historiker jedoch, der bemüht ist, politische Entscheidungsprozesse zu rekonstruieren, sprechen weitere Dokumente aus den folgenden Monaten eine ganz andere Sprache. Sie zeigen, warum die Gegenüberstellung von deutschem Wunsch nach langfristigen Krediten und französischer Bereitschaft zu bloß kurzfristigen Anleihen an deutsche Banken oder Unternehmen allenfalls für eine akademische Scheindebatte taugt, der ich schon deshalb keinen Vorschub leisten wollte, weil sie den Kern des eigentlichen Themas verfehlt. Bereits wenige Wochen nach dem ersten Gespräch mit Hoesch signalisierte Paris nämlich unmissverständlich seine Bereitschaft, „französisches Geld in großen Beträgen langfristig [!] nach Deutschland“¹⁸ zu geben. Wie Außenminister Aristide Briand kurz darauf sogar öffentlich erklärte, schwebte ihm dafür „eine Art europäischer Finanzmechanismus“ vor, „der in der Lage wäre, den in schwieriger Situation befindlichen Staaten Dienste zu leisten, von denen in erster Linie der Friede Nutzen hätte“. Wenn also das Deutsche Reich gegenwärtig „finanzielle und wirtschaftliche Krisen durchmacht, die seine Existenz in Gefahr bringen, dürfen die anderen Länder ihm nicht zur Verzweiflung raten, sondern müssen ihm zu Hilfe kommen“¹⁹.

Das war nach Lage der Dinge kein Lippenbekenntnis, sondern passt sich ein in das, was wir über die kooperationsorientierte Krisenstrategie der damaligen französischen Regierung wissen²⁰. Schon Mitte September 1930 notierte der deutsche Außenminister Julius Curtius, dass sein französischer Amtskollege ihm in einem persönlichen Gespräch in Aussicht gestellt habe, „uns“ – also dem Reich sowie seiner Regierung und nicht bloß deutschen Banken oder Unternehmen! – „auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet Erleichterungen zu gewähren [...]“. In diesem Zusammenhang sprach er von langfristigen Krediten.²¹ Selbst Skeptiker, die solche

¹⁶ Hoesch an AA vom 9. 7. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 129, S. 313.

¹⁷ Borchardt, *Alternative*, S. 234, Hervorhebungen im Original.

¹⁸ Richard von Kühlmann an Bernhard von Bülow, den Staatssekretär im AA, am 26. 8. 1930, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), R 28251k.

¹⁹ Wiedergabe einer Rede Briands nach Wolffs Telegraphischem Büro vom 30. 9. 1930, in: PA/AA, R 28251k.

²⁰ Vgl. hierzu insbesondere Sylvain Schirmann, *Crise, coopération économique et financière entre États européens 1929–1933*, Paris 2000, Kap. III.

²¹ Aufzeichnung Curtius vom 19. 9. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 221, S. 535.

Offerten als „unspezifisch“²² erachten mögen, weil detailliertere Quellen zu den zahlenmäßigen Eckdaten der Pariser Anleiheüberlegungen fehlen, werden einsehen müssen, dass zu dieser Zeit zumindest im Auswärtigen Amt niemand mehr an der prinzipiellen Ernsthaftigkeit der Angebote zweifelte. Im Gegenteil: Man war sich sogar völlig im Klaren darüber, so vermerkte es erneut der Minister selbst, dass in Frankreichs Regierung inzwischen der feste Wille vorherrschte, „in Verhandlungen über langfristige Kredite *einzutreten*“²³. Eindringlicher lässt sich wohl kaum belegen, dass Borchardts Behauptung, wonach die „von Hoesch am 9. Juli beschriebene ‚Zurückhaltung‘ auf französischer Seite [...] nie aufgegeben worden“²⁴ sei, nicht nur nicht durch Quellen gedeckt ist, sondern sogar allem widerspricht, was wir aus dem bislang bekannten Archivmaterial schließen können²⁵.

Bezeichnend ist überdies, dass Borchardt – möglicherweise im Bewusstsein solcher argumentativer Schwächen – allen Ernstes „das Vernünftige, ja das Wegweisende“ an der Art und Weise lobt, mit der Berlin ab August 1930 die Pariser Avancen zurückwies. Eine solche Haltung sei schon deshalb folgerichtig gewesen, weil deutsche Banken einem zusätzlichen Engagement französischen Kapitals in Deutschland ablehnend gegenüber gestanden hätten. Zudem habe die Pariser Regierung ihr Entgegenkommen „von Voraussetzungen abhängig gemacht [...], die nicht leicht und ganz sicher nicht umgehend zu erfüllen waren“²⁶. Mit solchen Einlassungen sitzt Borchardt gleichwohl lediglich der ebenso durchschaubaren wie in vielerlei Hinsicht bezeichnenden Hinhaltetaktik auf, die Außenminister Curtius und sein neuer Staatssekretär, der radikalrevisionistische Bernhard von Bülow, gegenüber Paris wählten, um einen grundsätzlichen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik voranzutreiben²⁷. Bei genauerer Betrachtung verlieren beide vorgebrachten Einwände jedenfalls rasch an Substanz: Dass der deutsche Finanzsektor im Sommer 1930 von französischen Krediten abgeraten hat, darf schon deshalb bezweifelt werden, weil Hoesch keine zwölf Monate zuvor von denselben „deutschen Bankkreisen“ persönlich bedrängt worden war, dass „von deutscher Seite ein reges Interesse an der Gewinnung des französischen Geldmarktes für langfristige Anlagen in Deutschland“²⁸ bestehen müsse. Warum sollte sich dies bis zum Sommer 1930 geändert haben? Weil Paris für seine „positive Politik“ eine Gegenleistung erwartete, wie Borchardt zu glauben scheint? Tatsächlich übermittelte Botschafter Hoesch den Pariser Wunsch nach einem öffentli-

²² Roman Köster, Keine Zwangslagen? Anmerkungen zu einer neuen Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik in der Großen Depression, in: VfZ 63 (2015), S. 241–257, hier S. 245.

²³ Aufzeichnung Curtius vom 19. 9. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 221, S. 535, Hervorhebung durch den Verfasser.

²⁴ Borchardt, *Alternative*, S. 234.

²⁵ Insofern entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass die VfZ-Redaktion Borchardts Replik im Inhaltsverzeichnis des entsprechenden Heftes – VfZ 63 (2015), S. 132 – mit dem Zusatz überschrieb: „Was steht in den Quellen?“ In der Tat scheint diese Frage berechtigt.

²⁶ Borchardt, *Alternative*, S. 233.

²⁷ Zum Forschungsstand in dieser Frage vgl. Eberhard Kolb/Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik*, München ⁸2013, S. 253–255.

²⁸ Hoesch an AA vom 12. 7. 1929, in: PA/AA, R 87668.

chen deutschen „Auftakt im Sinne einer Anerkennung der französischen Loyalität und im Sinne eines Bekenntnisses zu der von Stresemann und Briand eingeleiteten und von Tardieu später mit aufgenommenen Verständigungspolitik“²⁹. Doch ganz abgesehen davon, dass ein solches – vor allem symbolisch zu verstehendes – Bekenntnis nur dann Schwierigkeiten bereitet hätte, wenn die Verständigungspolitik ohnehin nicht fortgesetzt werden sollte, musste selbst Bülow einsehen, dass man die französische Bitte um ein solches Zeichen unmöglich als harte politische Bedingungen auffassen konnte³⁰.

Insofern irrt Borchardt auch grundlegend, wenn er im weiteren Verlauf seiner Replik glaubt, ausgerechnet Botschafter Hoesch als Kronzeugen für die angebliche Unvereinbarkeit der damaligen deutschen und französischen Positionen anführen zu können³¹. Dieser hatte im März 1931 zwar tatsächlich notiert, dass bilateral leider nur noch über „Vertrauen“ gesprochen würde, „ohne [dass] bei diesem Kreislauf ein Ergebnis erzielt“ werde. Borchardt verzichtet aber darauf, die Schlussfolgerungen des Botschafters zu zitieren:

„Ist deshalb die deutsch-französische Politik zur dauernden Unfruchtbarkeit verdammt? Die Frage muß entschieden verneint werden. Der Gang der Entwicklung in den letzten sieben Jahren beweist das Gegenteil. [...] Es wird [...] nötig sein, die Beziehungen mit Frankreich weiter sorgfältig zu pflegen und das einmal geschaffene und noch immer nicht zerstörte Verhältnis des wechselseitigen Zusammenarbeitens und des amtlichen Vertrauens weiter auszubauen. Ohne Frankreich oder gar gegen Frankreich wird keines der auf uns lastenden Probleme gelöst werden können. Mit Frankreich kann bei geduldiger Weiterbetreibung der deutschen Wiedererhebung der einmal eingeschlagene[,] außenpolitisch sicherlich aufwärts führende Weg weiterverfolgt werden. Auf diese Weise und in dauernder Erkenntnis der Tatsache, daß es begrifflich dem Besiegten nicht beschieden sein kann, die Folgen seiner Niederlage auf dem Wege des Friedens in schnellen Etappen wieder wett zu machen, können mit der Zeit für alle unsere Forderungen Lösungen gefunden werden, Lösungen, die freilich nicht auf allen Gebieten unsere Wünsche voll erfüllen, die aber doch schließlich Deutschland wieder zu einem freien, gleichberechtigten und mächtigen Weltfaktor machen würden. Möge die politische, wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung im Innern [!] es Deutschland gestatten, den Weg der Besonnenheit, der Geduld und der Klugheit weiter zu gehen.“³²

Hoeschs Hoffnung sollte sich – wie wir wissen – nicht erfüllen. Es ist dabei nicht ohne Tragik, dass er auf deutscher Seite mit seinen die frühere Verständigungspolitik uneingeschränkt verteidigenden Ansichten schon ab Mitte 1930 auf weitest-

²⁹ Hoesch an AA vom 9. 7. 1930, in: ADAP, Serie B, Bd. XV, Nr. 129, S. 313.

³⁰ Notiz von Bülow an Curtius vom 9. 7. 1930, in: PA/AA, R 28250k.

³¹ Vgl. Borchardt, *Alternative*, S. 235.

³² Hoesch an AA vom 6. 3. 1931, in: ADAP, Serie B, Bd. XVII: 1. März bis 30. Juni 1931, Göttingen 1982, Nr. 3, S. 10 u. S. 17f.

gehend verlorenem Posten stand, weil das Deutsche Reich zu dieser Zeit bereits einen grundlegenden Wandel seiner außenpolitischen Ausrichtung erlebte³³.

III.

Dass dafür nicht zuletzt konkrete innen- wie außenpolitische Entscheidungen aus Berlin und insbesondere auch die Vorgaben von Kanzler Brüning mitverantwortlich waren, ist die Kernthese meines VfZ-Aufsatzes. Es ist vielsagend, dass Borchardt darauf mit kaum einer Silbe eingeht. Stattdessen will er glauben machen, dass die von ihm angestrebte Widerlegung meiner „Behauptung von französischen Kreditangeboten“, „von der alles Weitere bei [mir] abhängt“, eine weiterführende Beschäftigung mit meinen Überlegungen bereits obsolet macht. Um dies zu untermauern, behauptet Borchardt, ich würde die „Kreditangebote auf dem Höhepunkt der Krise“ gleichsam mit Vorsatz erfinden, um in der Folge bewusst von einer „Alternative“ sprechen zu können, die es dem Reichskanzler ermöglicht hätte, „auf seine restriktive Finanz-, insbesondere Haushaltspolitik zu verzichten und somit ‚die sozialen und ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise zumindest abzumildern‘“. Die entscheidenden Worte an dieser Stelle – man könnte fast glauben, Borchardt wollte sie mir in den Mund legen – stammen allerdings nicht von mir, sondern sind dem von der VfZ-Redaktion verfassten Vorspann zu meinem Aufsatz entnommen, wie Borchardt sogar selbst anmerkt. Außerdem sind sie dort – alles andere als grundlos – mit einem Fragezeichen versehen. Nichtsdestotrotz fußt Borchardts Argumentation im Folgenden größtenteils auf der Annahme, ich hätte in erster Linie zu belegen versucht, dass es für Brüning „die Möglichkeit eines anderen Kurses, eine ‚Alternative‘ gegeben“ hat³⁴.

Wer sich die Mühe macht und einen Blick in meinen Aufsatz wirft, wird recht schnell erkennen, dass es mir darum eigentlich nicht ging. Ich habe dort sogar ausdrücklich betont, dass sich sicherlich nur darüber spekulieren lässt, „ob und inwieweit die französischen Kredite den Gang der Geschichte hätten ändern können“. Mein tatsächlicher Ausgangspunkt war vielmehr, dass die Pariser Gesprächsofferten unabhängig von der Frage nach ihrem finanzpolitischen Chancenpotenzial von Anfang an unvereinbar waren mit den politischen Überzeugungen Brünings und letzten Endes *deshalb* zu keinem Zeitpunkt eine echte Option für den Reichskanzler darstellten. Da es mir dabei vor allem um Intention und Programmatik Brünings ging, habe ich aus dessen zeitgenössischen wie späteren Äußerungen herauszuarbeiten versucht, „warum Brüning jedem französischen Kreditangebot nicht nur skeptisch, sondern sogar grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen musste“³⁵. So kam ich zu dem Schluss, dass Brünings eigene Rechtfertigung seiner Sparpolitik durchaus den Tatsachen entsprechen dürfte. In seinen Erinnerungen bekannte Brüning jedenfalls, dass er auf das Eintreten einer

³³ Grundlegend dazu neben der Studie von Graml, *Zwischen Stresemann und Hitler*, noch immer Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 507–555.

³⁴ Alle Zitate: Borchardt, *Alternative*, S. 230.

³⁵ Köppen, „Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen“, S. 372 u. S. 371.

„Bankenkrise [...] seit 1926 gewartet“ hatte, um Deutschland „zum finanziellen Nervenzentrum der Welt [zu machen], auf das alle andern, wollen sie nicht selbst dem Siechtum verfallen, dauernd Rücksicht nehmen mußten. Aus der Krankheit konnten wir unsere Waffe machen [...] [und] am Abend des Sieges würden wir alle todmüde und Deutschland blutleer sein.“³⁶

Solche bezeichnenden Äußerungen Brünings – und damit auch meine These von der Existenz eines handlungsleitenden Konzepts des Kanzlers in der Krise – lassen sich freilich kaum in die von Borchardt geprägte und von diesem offenbar als sakrosankt angesehene Dichotomie von „Zwangslagen und Handlungsspielräumen“ einordnen. Und genau hier liegt wohl auch das eigentliche Problem: Augenscheinlich ist Borchardt nicht gewillt, eine Diskussion über die Politik Brünings zuzulassen, die den von ihm – zugestandenermaßen mit großer Breitenwirkung – vorgegebenen Interpretationsrahmen verlässt. Eben weil ihm eine Auseinandersetzung mit dem Thema offenkundig nur über den eigenen Denkansatz sinnvoll erscheint, kann er feststellen, ich hätte „versäumt, [...] die Geschichte der realen Gründe für die Zwangslage in den Blick zu nehmen, also die Ursachen und den Charakter der finanzwirtschaftlichen Probleme“³⁷. Augenscheinlich kann – oder will – sich Borchardt nicht vorstellen, dass es Zugänge zum Thema auch jenseits der nach ihm benannten Kontroverse gibt.

Ausdrücklich unterstützt wird diese Abwehrhaltung von Roman Köster, der direkt im Anschluss an Borchardt im selben Heft der VfZ meine Überlegungen „dahingehend befragen“ möchte, worin eigentlich mein „Beitrag zu *dieser* [Borchardt-]Debatte besteht“. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass „im ‚französischen Kreditangebot‘ schwerlich eine Revision der Thesen Borchardts erblickt werden“³⁸ könne. Köster interessiert es an dieser Stelle recht wenig, dass ich eine solche Revision nirgends in Aussicht gestellt habe. Er lässt auch völlig außer Acht, dass ich sogar versucht habe, meine Argumente eher außerhalb der Zwangslagen-Dogmatik vorzubringen, weil diese einem recht pessimistischen Bild der Zwischenkriegszeit Vorschub leistet, das momentan von der neueren Historiografie zunehmend in Frage gestellt wird. Dabei geht es primär darum, auf der Basis des aktuellen Forschungs- und Erkenntnisstands eine Teleologie zu vermeiden, die am Ende „keinen Raum mehr läßt für die Unterscheidung zwischen dem, was als Möglichkeit im Ausgang des Ersten Weltkrieges angelegt war, und dem, was unter dem Einfluß einer globalen ökonomischen Katastrophe politische Wirklichkeit wurde“³⁹. Blickt man zum Beispiel auf die Fortschritte im Verhältnis zwischen Berlin und Paris von 1923/24 bis 1929/30, widerlegen diese mehr als „eindrücklich jede Form des Determinismus“, wie Ulrich Herbert jetzt noch einmal richtig betont hat. „Denn wenn eine solche [positive] Entwicklung in den deutsch-französischen Beziehungen möglich war, warum sollte Ähnliches dann nicht auch etwa

³⁶ Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 309 f.

³⁷ Borchardt, *Alternative*, S. 230.

³⁸ Köster, *Keine Zwangslagen*, S. 242 (Hervorhebung vom Verfasser) u. S. 248.

³⁹ Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, 4 Bde., München 2009–2015, hier Bd. 2: *Die Zeit der Weltkriege 1914–1945*, S. 1201.

für andere Politikfelder möglich [gewesen] sein – etwa in der Innenpolitik, trotz der starken Belastungen, wie sie von den [...] Nachkriegsjahren ausgingen?⁴⁰

Eine solche Neuperspektivierung der Geschichte der Zwischenkriegszeit wird es aller Voraussicht nach mit sich bringen, dass künftig nicht nur von Zwangslagen und Belastungsfaktoren die Rede sein kann, sondern vermehrt auch von Chancen, politischen Absichten und womöglich von konkreten (Fehl-)Entscheidungen bestimmter Akteure⁴¹. Es wäre uneingeschränkt zu begrüßen, wollten sich Borchardt und Köster ihrerseits dann auch an *dieser* Debatte beteiligen. Dafür müssten sie jedoch gerade im Hinblick auf Brüning stärker als bisher auf die vorhandenen Quellen eingehen, in denen dieser recht unmissverständlich die Grundzüge seiner Politik dargelegt hat. Bezeichnenderweise ist dort nirgends von Zwangslagen oder einem situativ bedingten *Sparkurs* die Rede, sondern in der Regel von einer ganz bewusst gewählten und zudem als grundlegend richtig erkannten Regierungspolitik, von einem „einheitliche[n] Ganze[n]“, von „Sparvorschlägen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ als Teil „eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms“⁴². Brüning verstand seine Kanzlerschaft offenbar zu keiner Zeit als alternativloses Krisenmanagement, sondern als konkrete Gestaltungschance. Dazu gehörte für ihn wie selbstverständlich, dass seine „Regierungspolitik scharf auf die Revision gerichtet“⁴³ sein würde; dazu gehörte, dass man „den Weg, den die Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung geht und zu gehen hat, [...] ohne Rücksicht auf innenpolitische Situationen“⁴⁴ einschlug. Und zu dieser Agenda gehörte auch die feste Überzeugung, dass die katastrophale „Bilanz der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft“ in der Weltwirtschaftskrise „die stärkste und durchschlagendste Waffe“ sein würde im Kampf gegen Deutschlands internationale Unterdrückung. Diese „Waffe zu schmieden“ sei folglich „die Aufgabe des ersten Jahres“⁴⁵ seiner Kanzlerschaft gewesen. Ob solche Äußerungen tatsächlich als Ausdruck von Zwangslagen gedeutet werden können, erscheint mir – zumindest wenn es um die Intentionen und Ziele Brünings geht – in hohem Maße zweifelhaft.

⁴⁰ Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 215. Herberts Urteil wird durch wichtige Einzelstudien gestützt; vgl. vor allem Zara Steiner, *The lights that failed. European international history 1919–1933*, Oxford u. a. 2005, sowie Ralph Blesing, *Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1929*, München 2008.

⁴¹ Vgl. als einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung Tim B. Müller, *Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik*, in: VfZ 62 (2014), S. 569–601.

⁴² Regierungserklärung Heinrich Brünings vom 1. 4. 1930, in: *Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstages*, Bd. 427, Berlin 1930, hier S. 4029 B.

⁴³ Chefbesprechung vom 28. 10. 1930, in: *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II*, bearb. von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard am Rhein 1982–1990, hier Bd. 1: 30. März 1930 bis 28. Februar 1931, Nr. 153, S. 578.

⁴⁴ Rede im Reichsrat am 20. 11. 1930 nach Wolffs Telegraphischem Büro vom 21. 11. 1930, in: PA/AA, R 23030.

⁴⁵ Rede vor dem Reichsparteiausschuss der Zentrumspartei am 5. 11. 1931, in: Heinrich Brüning, *Ein deutscher Staatsmann. Reden und Aufsätze*, hrsg. von Wilhelm Vernekehl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968, S. 67–85, hier S. 76.0